

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin sowie bei direktem Postweg ohne Zustellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Schutzband 4 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.
Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Verleger: Kurt Norden 1893 und 1896.

Inserate kosten die Werbepost. Nonpareil-Preise oder deren Name 10 Pf., „Kleine Anzeigen“ des festgedruckten Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf., Übersetzungszuschlag 30 „. Bei Familien- und Veranlagungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.
Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19.
Verleger: Kurt Norden 1893 und 1896.

Die Freiheit
Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Dienstag, den 14. Januar 1919

Nummer 24

Der Massenstreik beendet.

Wiederaufnahme der Arbeit.

Arbeiter! Genossen!

Die gegenrevolutionären Kräfte sind am Werke! Das Bürgertum und die Anhänger des alten Militärsystems frohlocken, daß eine Regierung, die sich sozialistisch und demokratisch nennt, sie zu Hilfe gerufen hat, um mit der brutalen Gewalt der Kanonen Arbeiter zur Kasse zu bringen.

Ihr habt zur Unterstützung Eurer Brüder bis jetzt die Arbeit ruhen lassen. Euer Opfermut wird in der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung unvergessen bleiben.

Jetzt fordern wir Euch auf, geschlossen wieder die Arbeit aufzunehmen. Denn jetzt kommt es darauf an, die Kräfte nicht zu verzetteln, sondern aufzusparen und zu sammeln für den Augenblick, wo Ihr dringend gebraucht werdet, die Gegenrevolution mit Erfolg zu bekämpfen. Der Augenblick wird kommen. Wir wissen, Ihr werdet dann alle auf dem Platze sein, wenn wir Euch rufen. Und wir sind überzeugt, daß der Sozialismus sitzen wird über die Bourgeoisie und ihre auch-sozialistischen Helfershelfer.

Der Zentralvorstand der U. S. P. D., Groß-Berlin.

Die revolutionären Obleute und Vertrauensleute Groß-Berlins.

An die Arbeit!

Die Vertreter der U. S. P. D. und der revolutionären Obleute empfehlen der Berliner Arbeiterschaft die Wiederaufnahme der Arbeit. Mit Recht betonen sie in ihrem Aufruf, daß es von größter Wichtigkeit sei, im gegenwärtigen Augenblick jede Zerstückelung und Verzettelung der revolutionären Kräfte zu vermeiden, denn die Stunde kommt, wo neue Aufgaben uns rufen werden.

Aber die Wiederaufnahme der Arbeit bedeutet keine Unterbrechung unseres Kampfes, sondern nur seine Fortsetzung mit anderen Mitteln. Jetzt steht Größeres auf dem Spiel als einzelne und seien es noch so bedeutende Streitgegenstände.

Es handelt sich um die Frage, von der das künftige Schicksal der Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung, der Revolution und des Sozialismus abhängt, um die Herstellung der proletarischen Einheitsfront, um die Einigung der Arbeiterklasse von unten auf! Dazu ist in dem gegenwärtigen Zeitpunkt der Streik kein geeignetes Mittel. Er ist es um so weniger, als die Verhandlungen mit dem Zentralrat beginnen, deren Ausgang abgewartet werden muß.

Vor allem aber handelt es sich jetzt darum, daß sich die Arbeiter in den Betrieben für die Ausbreitung der vorbeugenden Bewegung mit aller Kraft einsetzen, daß sie selbst die unermüdbaren Agitatoren für ihre Sache sind und den Bögernden und Jaudernden die Größe und überzeugende Bedeutung der Sache, zu deren Durchführung sie gerufen werden, vor Augen führen. Es wird sich dann von selbst ergeben, daß eine Reihe organisatorischer Maßnahmen erforderlich sind, um die Bewegung einheitlich zu gestalten und sie über das Reich auszuweiten.

Die Aufgabe, die die Arbeiterschaft nun zu vollbringen hat, ist sicher nicht leicht. Sie ist vor allem dadurch erschwert,

daß die sozialistischen Führer von einem Siegeskrankheit ergriffen zu sein scheinen, der ja bald der Ernüchterung weichen muß, wenn sich die verhängnisvollen Folgen der Gewaltpolitik einstellen werden, der aber im jetzigen Augenblick die Verständigung der Arbeiterschaft außerordentlich erschwert.

Schwierigkeiten sind aber für Sozialdemokraten dazu da, um überwunden zu werden. Sie werden überwunden werden, wenn die Arbeiter fest und entschlossen zu der Aktion stehen, die sie selbst begonnen haben, wenn sie sich nicht entmutigen und nicht verwirren lassen durch Ueberredungskünste und falsche Mandate.

Klar und einfach liegt ihr Arbeitsplan vor ihnen. Die Einigung wird unumkehrbar, wenn sie selber, wenn sie selbst einig sind und bleiben, und wenn sie ihren Willen, der schließlich der entscheidende ist, überall, in allen Organisationen und allen Betrieben, zur Geltung bringen.

Auch in diesem Sinn, ja in diesem vor allem, heißt es jetzt: An die Arbeit!

Die Verhandlungen.

Montag nachmittag gegen 6 Uhr trat der Zentralrat in Verhandlungen mit dem Zentralvorstand Groß-Berlins der U. S. P. D., der Berliner Bezirksleitung der S. P. D. und den revolutionären Obleuten ein. Die Vorfrage, ob die revolutionären Obleute an den Verhandlungen teilnehmen sollten, wurde gegen den Widerspruch der S. P. D. bejaht.

Der Vorsitzende des Zentralrats Veinert machte die Mitteilung, daß ein neuer Vorschlag gegen den „Vorwärts“ unternommen wurde und stellte die Frage, ob die Vertreter der U. S. P. D. und die revolutionären Obleute einen solchen Versuch billigen. Unsere Vertreter verneinten die Frage, wobei sie zugleich erklärten, daß sie überhaupt erst durch die Mitteilung Kenntnis von der Sache erhalten haben.

Darauf beantragte der Vorsitzende Vertagung. Nach anfänglichem Widerspruch einigte man sich schließlich auf die Fortsetzung der Verhandlungen für morgen nachmittag, nachdem von den Unabhängigen noch darauf verwiesen worden war, daß der wichtigste Punkt, die Stellung der Regierung in der Öffentlichkeit ausgiebig diskutiert, so daß die Regierung erkennen könne, daß sie nicht mehr das genügende Vertrauen der Arbeiterschaft besitze.

Für die Einigung.

Am Sonntagabend fand in Hamburg vor dem Rathaus eine Riesenzusammenkunft der Hamburger Arbeiter statt. Durch die Besetzung des „Echo“, die einige Tage vorher erfolgt war, sowie durch die Beschlüsse gegen die Gewerkschaften waren die Gemüter auf das höchste erregt. Aber trotzdem kam der Massenwille nach Einigung des gesamten sozialistischen Proletariats elementar zum Ausdruck. Die Einigung soll sofort herbeigeführt werden. Außerdem wurde beschlossen, daß Neuwahlen zum Arbeiterrat stattfinden sollen.

Eine von über 5000 Personen in Sömmerda veranstaltete Demonstration fordert sofortigen Rücktritt der gegenwärtigen Regierung und Bildung einer parlamentarischen Regierung von allen drei Gruppen der Sozialdemokratie und Ausschluß der kompromittierten Rechtssozialisten.

Was will das Bürgertum?

Zitate genügend. Man braucht gar keinen Kommentar. Die „Deutschnationale Volkspartei“ hat eine „Wahlversammlung“ im Zirkus Busch veranstaltet. Wisamowich-Möllendorff, Piarek Traub und Geheimrat Hoersch waren die Redner. Der „Total-Anzeiger“ gliedert daraus unter anderem:

Daß die jetzige Regierung mit den Sportakuleuten angefüllt habe, sei nicht ihr Verdienst, sondern das der Reichsamer Jäger. (Minutenlanger Beifall.) Viele schauten sich in diesen Tagen nach dem alten System zurück. (Stürmischer

Beifall.) Man solle nicht vergessen, unseren deutschen Kaiser Wilhelm zu grüßen. (Eisalsjubel.) Daneben grüße man aber auch Ludendorff. (Tobender Beifall. Zurufe: Tirpitz!)

Das rufen dieselben „Deutschnationalen“, dieselben Offiziersfreunde, mit deren Hilfe Ebert-Scheidemann die „sozialistische Republik“ aufbauen will.

Der Dant des Bürgertums.

Die Lektüre der bürgerlichen Presse dürfte den Sineern des Sonntags sehr viel Freude machen. Ganz offen oder verhüllt kommt in allen Zeitungen zum Ausdruck, daß Bürgertum muß sich aufrufen und die Regierung in eigene Hände nehmen. Am klarsten spricht die „Kreuzzeitung“ mit den üblichen Seitenhieben gegen den bürgerlichen Liberalismus. Sie will aus den militärischen Vorgängen politische Folgerungen gezogen wissen. Diese Folgerungen sind für die Morale der witternden Konservativen:

Das Bürgertum, wenn es nur eine Spur von Selbstbewußtsein und politischer Voraussicht besitzt, kann sich nicht weiter als Freiloch gegen überrevolutionäre Gelüste gebrauchen lassen, die doch schließlich durch die sozialistischen Führer gleichviel welcher Färbung gewährt worden sind. Wer vom Bürgertum noch einen Funken Selbstachtung besitzt, der muß jetzt das oberflächlich zusammengelobte Tischtuch mit Ebert-Scheidemann an einen erdigen Boden legen.

Der Deutsche ist ein apolitisches Geschöpf. Es kann ihm daher nicht oft genug klar gemacht werden, daß ein sozialistisches Regime den ganzen Aufbau der bürgerlichen Existenz in Stücke schlägt. Ob diese Amputation radikal à la Ebert-Scheidemann erfolgt, ist letzten Endes nur eine Zeitfrage.

Das ist deutlich. Kampf gegen Sozialisten, zunächst bei den Wahlen zur Nationalversammlung.

In die gleiche Reihe baut die der „Kreuzzeitung“ gefinnungsverwandte „Tägl. Rundschau“. Die auch noch allem reaktionären Respekt die „sozialistische“ Regierung für alle ökonomischen Folgen des Weltkrieges, für das wirtschaftliche Elend, das uns noch bevorsteht, verantwortlich macht. Natürlich müssen, wenn es nach dem alten Denken geht, beim Zusammentritt der Nationalversammlung die Arbeiter- und Soldatenräte verschwinden. Die nicht zuverlässigen Regimenter, die sich als neutral erklärten, müssen aufgelöst und ein zuverlässiges Heer unter alten Offizieren muß gebildet werden. Denn nur durch das Einrücken der modernen Fronttruppen die Unterdrückung des Bürgertums und die selbstlose, tatkräftige Bereitstellung der so kümmerlich behandelten Offiziere hat sich die Regierung noch einmal behaupten können.

Damit sie sich auch noch weiter hält, muß sie natürlich auch gegen ihre „wilden“ Brüder, die Unabhängigen, vorgehen, um den neuen Befehlen nach den Wahlen begehren zu können. Dorum ist die Lösung der „Tägl. Rundschau“ die alte Parole von 1914: Immer feste druff!

Gleich der „Kreuzzeitung“ mahnt auch sie das Bürgertum zum Handeln:

Das Bürgertum aber, das nach der Revolution in einer Art Verbannung sein Haupt verbrüdet hat in den Schloß seines geschworenen Feindes, der Sozialdemokratie, leide, weil es sich bei ihr immer noch besser aufgehoben wähnte, als bei den Bolschewiken und Unabhängigen, muß sich endlich aufrufen und seine Sache wieder selbst in die Hand nehmen.

Auch Theodor Wolff, der am Montag wieder sprechen kann, verlanst von der Regierung dauernde umfassende militärische Vorkehrungen gegen Spartakusbünde.

Wann atmet die Bourgeoisie Berlins wieder auf, weil „Ruhe und Ordnung“ herrscht, so ziert sie, wie sie mit ihren Lokalen unaufrichtigen gedenkt. Ebert-Scheidemann sind überflüssig, wenn sie nicht nach dem Kampf gegen Sportakus auch mit den Unabhängigen auf bürgerliche Weise abrechnen. Nach den gemachten Erfahrungen können wir also eine osteierte Debe gegen die Unabhängige Sozialdemokratie erwarten. Die sieben Regierungsmänner werden dem Drängen ihrer neuen Freunde kaum Widerstand entgegenzusetzen. Mögen sie aber auch noch so müßige Werkzeuge der bürgerlichen Gegenrevolutionäre sein, man wird sie doch nach getaner Arbeit vor die Tür jagen.

Stampfers Einigungsprogramm.

Der Leitartikel der Montagsausgabe des „Vorwärts“ betitelt sich „Einigkeit“, wahrscheinlich weil er dazu bestimmt ist, die Einigungsbestrebungen nach Möglichkeit zu fördern. Es ist die alte Methode Stampfers, man lobt den guten Willen, macht eine Skizze der wirklichen Bestrebungen, um sie dann als Utopie abzutun und das Ziel auf den Sonntag im Winterleinstag zu vertagen. So auch hier. Die Einigkeit ist gut, sagt er, aber heute praktisch unmöglich. Möglich ist nur die Rückkehr der rechten Flügels der Unabhängigen in den Schoß der alleinseligmachenden Sozialdemokratie alten Schlages, die nach dem Verlassen Stampfers noch geschlossen als Hort des Sozialismus dasteht. Kein Wort davon, daß die Massen der Arbeiter in den Betrieben die Träger der Einigungsbewegung sind, kein Wort davon, daß die Einigung kein Aufgeben der verschiedenen Richtungen bedeutet, die es ja auch vor dem Kriege in der Sozialdemokratie gab. Verdammt wird auch, daß die Einigung und die Befreiung der kompromittierten Führer in erster Linie dem Bruderkrieg ein Ende setzen sollte. Stampfer besingt den Bruderkampf, widmet Spartakus sogar einige Nüchtrungsdränen, aber es muß nun einmal geklärt werden.

Wir erleben heute manches, worüber unser Herz tut, und in die politische Welt, die Gestaltungsfähigkeit unserer Menen sind hohe Anforderungen gestellt.

Die Sozialdemokratie vertritt nach Stampfer jetzt die Interessen des Sozialismus der ganzen Welt, wenn sie die deutsche Republik schützt, und die Demokratie verteidigt. Diese Erkenntnis hat die Partei zu Entschlüssen gedrängt, die ihr wahrscheinlich nicht leicht gefallen sind. Sie muß die Republik ihre demokratische Freiheit und ihre Friedensmöglichkeiten verteidigen nach 12 Jahren, sie darf nicht mit wahnwitzigen Phantasien Kompromisse schließen, nicht dem Treiben des Verbredertums, das sich an die Sohlen jener Schwärmer geklebt hat, geduldig zusehen, daß alle regierende Parteien nicht die Regel am Boden schleifen lassen. Sie will nicht dergewaltigen, sondern überzeugen, sie darf aber auch das Volk, das ihrer Gut anvertraut ist, nicht der Vergewaltigung weichen zum Opfer fallen lassen. Mögen unsere Gegner, die sich heute noch nicht überzeugen lassen wollen, wenigstens zugeben, daß wir als aufrichtige Menschen, die Gefahr nicht scheuend, für unsere Heberzeugung stehen, mit der wir bereit sind, zu liegen oder zu fallen.

So geschrieben nach dem Tage des Sieges der Verdamer, nach Triumph der Winemwoerler und Haidigen. Die Göße des Überzeugungstreuen Stampfers gegen die Einigkeit von heute, für die Einigkeit in nobelhafter Zukunft entwidmet dem Verhalten der Berliner Führer, der Sozialisten, die die Verhandlungen erörterten und zum Scheitern brachten. Die lagte doch Wallenstein über Gustav Adolf von Schweden: „Man muß ihm auf die Häute schauen, nicht auf's Maul.“ Das gilt auch von Friedrich Stampfer, der die Einigungsmühe zur Einigungszerstörung macht.

Sozialisten und Bureautaten.

Während die machtvolle Einigungsbewegung der Arbeiterschaft jeden Sozialisten mit stürkster Teilnahme erfüllt und zur eugsten Hülfsnahme mit der besten Arbeitermasse anspornt, zeigen die sogenannten „Sozialisten“ in der Regierung mit jedem Tage immer deutlicher, daß ihnen nicht nur die Interessen der Revolution, sondern auch der Arbeiter selbst, auf deren Rücken sie zur Macht emporgestiegen, vollkommen gleichgültig sind.

Wir berichteten bereits in unserer Abendausgabe vom Sonnabend, in wie schmählicher Weise die Delegierten der Arbeiterschaft der Firma H. Stod u. Co. Marienfelde, in der Reichstagsliste behandelt wurden, als sie den Beschluß der Arbeiter übermittelten, der den Rücktritt der Regierung sowie Stahorns und die Einstellung des Streikvergleiches forderte. Welche Empörung dieses Verhalten der Regierung gegenüber der Arbeiterdeputation in den Massen auslöste, zeigte sich bei der Berichterstattung der Delegierten in der Betriebsversammlung der Firma Stod. Der Bericht wurde von der Versammlung mit hürnischen Zu- und Zusätzen aufgenommen. Noch größer wurde die Erregung, als nach dem Kolle-

gen Michaels demitt wurde, daß der Volksbeauftragte Scheibemann zwar Zeit hatte, einem holländischen Zeitungsjournalisten einen Situationsbericht zu geben, aber für eine Deputation, die von 4000 Arbeitern und Angestellten der Firma Stod geschickt war, nicht zu sprechen war. trotzdem es sich hier um ein rein sozialistisches und menschliches Verlangen handelte. Die Funktionäre erklärten darauf ihren Austritt aus der mehrheitssocialistischen Partei und daß sie in die Partei der Unabhängigen eingetreten seien.

Es wurde nun von den 4000 Arbeitern und Angestellten in der Versammlung gegen 10 Stimmen beschlossen, sich weiter an dem Generalstreik zu beteiligen, um gegen das Verhalten und Verhalten der Volksbeauftragten in der Regierung zu protestieren.

Sinnlose Schießereien.

Es scheint, daß einzelne verantwortungslose Gruppen noch an einigen Stellen der Stadt sinnlose Versuche auf eigene Faust unternommen haben. Jedenfalls wurde in den Abendstunden wieder viel geschossen und namentlich das Zentrumsviertel, sowie auch die Umgebung der Lindendruckerei war diesen Schießereien ausgesetzt.

Von der Internationale.

Nach einem Londoner Sonderbericht haben die Delegierten der englischen Arbeiterpartei, die zuerst beschlossen hatten, an der Sozialistenkonferenz in Lausanne teilzunehmen, jetzt auf die Teilnahme verzichtet.

Nach einem aus Holland zugegangenen Privattelegramm weigern sich auch die Belgier, an der Lausanner Sozialistenkonferenz mit der deutschen Mehrheit zu verhandeln und fordern eine ordentliche Plenarsitzung des Bureau in Brüssel.

Wir bedauern außerordentlich diese Beschlüsse, die allerdings wieder zeigen, wie nachteilig die Erbitterung ist, die die unglückliche Krasopolist der rechtssozialistischen Führer hervorgerufen hat. Wir meinen aber, daß die Einberufung des internationalen Kongresses auf breiterer Basis eine unbedingte Notwendigkeit ist. Der Kongress kann zur Klärung innerhalb des Gesamtproletariats außerordentlich viel beitragen, er allein kann es ermöglichen, daß das ganze Proletariat sich in der Forderung eines wirklichen demokratischen und Dauer verändernden Friedens zusammenschließt und damit seinen Einfluß und seine Macht bei den Friedensverhandlungen in die Waagschale wirft.

Fer weißer Terror in Finnland.

Oskingsfors, 18. Januar. Von 30 Abgeordneten, die an dem roten Kuffand teilgenommen hatten, ist in letzter Instanz einer zum Tode, 7 zu lebenslänglichem Zuchthaus, 21 zu Gefängnisstrafen von 5-12 Jahren verurteilt worden. — Die Grenze gegen Rußland ist wegen überhandnehmen bolschewistischer Propaganda gesperrt worden.

Die Streikbewegung in Schweden.

Stockholm, 18. Januar Der Streik der schwedischen Seefleute dauert an. Auch in anderen Arbeitskategorien greift die Streikbewegung um sich. Verhandlungen wegen der Forderungen der Seemannsleiter werden fortgesetzt.

Voll'sche Nachrichten.

Eine Plut von Protestresolutionen ist unserer Redaktion wieder zugegangen. Raummangel ermöglicht und leider nicht ihre Weitergabe. Wir hoffen, daß Versäumnis in den nächsten Nummern nachholen zu können.

Verlängerung des Waffenstillstandes. Marshal Foch hat mitteilen lassen, daß die Verhandlungen zur Verlängerung des Waffenstillstandes ab 10. vormalige in Trier begonnen werden. Sofort nach seinem Eintreffen wird er angegeben, zu welcher Zeit die erste Zusammenkunft der Delegierten stattfinden kann.

Waffenlieferung. Nach einer amtlichen Verfügung vom 18. 1. 1919 sind Schusswaffen und Munition aller Art sofort abzuliefern. Inwieweit diese werden mit Gefährdung eventl. Zuchthaus bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100.000 Mark bestraft.

In Leipzig ist eine Kommission englischer Offiziere eingesetzt, um die Ernährungsfrage der Stadt einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Groß-Berlin.

Achtung nördliche Metallbetriebe.

Seute vorm. 8 Uhr, Gartenstr. 71, bei Thomas Berichterstattung über das Ergebnis der Einigungsverhandlungen mit der Militärkommission.

Jeder Betrieb muß durch Obmann oder ein Arbeiterratsmitglied vertreten sein.

Die Subkommission der A. G. B. und Schwarzlopp-Verke

Vollziehung der Groß-Berliner Soldatenräte.

Am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, findet im arden Zingensaal des Abordnerthaus in der Prinz-Albrecht-Straße eine Vollziehung der Soldatenräte Groß-Berlins statt. Die Tagesordnung ist folgende:

1. Bericht des Bureau;
2. Nennwahl eines ersten Vorsitzenden;
3. Stellungnahme der Soldatenräte Groß-Berlins zu den Vorgängen der letzten Woche;
4. Erledigung eingegangener Anträge.

Für die Fraktionen Vorbesprechung 10 Uhr vormittags im Herrenhaus, Zimmer 17.

Die „Kabelstörung“.

Das Fernsprechnetz Nordens teilte und gestern durch telefonischen Anruf mit, daß die „Kabelstörung“, die unsere Redaktion sechs Tage lang von der Außenwelt abgesperrte, behoben ist.

Arbeitslosen-Versammlung in Berlin-Wilmersdorf. Am Dienstag, den 18. Januar, nachmittags 4 Uhr, findet in der Aula der Hindenburgschule am Scharf. Ode Auguststraße, eine Arbeitslosenversammlung statt. Tagesordnung: 1. Die Antwort des Reichstags auf unsere Forderungen. 2. Freie Aussprache. Die Reichstagsmitglieder werden aufgefordert, zu dieser Versammlung Vertreter der einzelnen Baustellen zu entsenden. Auch die Arbeitslosen der einzelnen Gemeinden Groß-Berlins und die Arbeiter werden ersucht, Vertreter zu dieser Versammlung zu delegieren.

Aus den Deputationsstellen.

Die Vertrauensleute und Mitglieder der Angestellten-Kassen, die auf dem Boden der U. S. B. stehen und bereit sind, sich an der Propaganda zur Nationalversammlung zu beteiligen, werden vom Propagandabureau für Angestellte dringend ersucht, am Mittwoch, den 15. Januar, abends 7 Uhr, zu einer Besprechung und Materialausgabe im Vorkensaal der Müllerstraße, Kaiser-Wilhelmstr. 21, zu erscheinen.

Strolach, Dienstag, den 14. Januar, abends 7 Uhr, findet in der „Alten Taverne“ eine öffentliche Volksversammlung statt, mit Gen. H. Breitscheid als Referent. — Mittwoch, den 15. Januar, abends 7 Uhr, findet bei Steinicke, Alt-Strolach 6, eine Mitglieder-Versammlung statt. Materialbuch legitimiert.

Kampfbüro, Dienstag, den 14. Januar, abends 7 1/2 Uhr in der Aula Friedr. Wilhelm, Ode Werderstr.: Essentielle Frauenversammlung. Genossin Toni Weitzel referiert über „Die Frauen und die Nationalversammlung“.

Hofentast-Robert-Dianenstraße. Die für heute Nachmittag angelegte öffentliche Volksversammlung im Lokal von Brunsberg findet nicht statt. Parteieroffen und Genossinnen, besucht heute Mittag 1 Uhr die öffentliche Volksversammlung in Berlin. Die Bezirksleitung von Hofentast, U. S. B.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83-85.
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.
Preislisten: Amt Nr. 100, 1002, 1007, 1014.

Mittwoch, den 13. Januar 1919, abends 7 1/2 Uhr:
Branchenversammlung der Bau- und Holzschranke-Schlosser
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 1).

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu untern Lohnverhältnissen.
2. Branchenangelegenheiten.
3. Nennwahl des Branchenvertreters und der Agitationskommission.
4. Verschiedenes.
In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung wird zu allen Kollegen, besonders denen der Kleinbetriebe, zur Pflicht gemacht, diese Versammlung zu besuchen und recht zahlreich dabei zu erscheinen.
Die Vertrauensleute treffen sich bereits um 6 1/2 Uhr vor der Versammlung im demselben Lokal.

Donnerstag, den 18. Januar 1919, abends 7 Uhr:
Branchenversammlung aller in den Schwarzblech-, Eisenmöbel- u. Möbelstoffbetrieben beschäftigten Kollegen und Kolleginnen
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 1).

Tagesordnung:
1. Das Ergebnis der Verhandlungen zum Kollektivvertrag.
2. Diskussion.
3. Nennwahl des Branchenvertreters und der Agitationskommission.
4. Verschiedenes.
Zustimmung und pünktliches Erscheinen wird erwartet.

Mittwoch, den 13. Januar 1919, abends 5 Uhr:
Versammlung sämtlicher in der chirurgischen Branche beschäftigten Kollegen und Kolleginnen
im Rosenhäger Hof, Rosenhäger Str. 11-12.

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zum Branchenvertrag.
2. Nennwahl der gemeinsamen Branchenagitationskommission.
3. Branchenangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.

U. S. B. Charlottenburg
Mittwoch, den 13. Januar, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Rosenhäger Str. 11.

Mitgliederversammlung
mit Ferner-Konferenz:
1. Die gegenwärtige politische Lage und die Stellung der U. S. B. Referent: Genossin Dr. Dett.
2. Verschiedenes.
Das Geschäft der Mitglieder erwartet das Vorhand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin, Gartenstr. 20, Berlin-Mitte.
Tel. Amt 10021, 10274.

Gemeinsame Vertrauensmänner-Versammlung sämtlicher Bezirke und Branchen.
Dienstag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, in den Prachtstraßen 11-Berlin, Zimmer 10. Tagesordnung: Mitteilung des Deutschen Holzarbeiterverbandes bei der Einigung der politischen Parteien. Ohne Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte kein Zutritt.

Vertrauensmänner-Versammlung.
Mittwoch, den 13. Januar, abends 7 1/2 Uhr, bei Reichel, Kolberger Str. 28. Tagesordnung: 1. Bericht des Obmannes. 2. Bericht Angelegenheiten. Jede Werkstatt muß vertreten sein! Vertrauensmännerkarten werden in der Versammlung ausgegeben.

Branchen-Versammlungen.
Mittwoch, den 13. Januar, abends 7 Uhr, in der Friedrichstraße, Zimmer 21. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Nennwahl der Kommission. 3. Vorschläge der Delegierten zur Generalversammlung. 4. Verschiedenes. Die Namen werden gegeben an dieser Versammlung teilzunehmen.

Kleinbetriebe. Freitag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 1). Tagesordnung: 1. Bericht über den Ablauf des Tarifvertrages mit dem Reichsverband der Kleinarbeiterbetriebe. 2. Diskussion. Zu dieser Versammlung ist das Erscheinen sämtlicher Kolleginnen und Kollegen dringend erforderlich.
Die Ortsverwaltung.

Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Berlin.
Öffentliche Versammlungen
Dienstag, 14. Januar, abends 7 Uhr
Grafes Kloster, Klosterstraße, Friedrich-Werder-Gymnasium, Niedervollstraße 12, Schönart, a. Rummelsburger Bahnhof, Graumann, Rannstr. 27, Wulststraße, Kaiser-Wilhelmstr. 2, Bürgersaal, Zentralviehhof.
Tagesordnung: Die Wahlen zur Nationalversammlung.
Referenten: Otto Pöchner, Hugo Haase, Dr. J. Moses, Hermann Kaditz, Dr. Kurt Rosenfeld, Heinrich Strödel, Dr. Hermann Wehl, Wilhelm Ludwig, Hermann Glauß, Rabold.

U. S. B. Für jugendliche Wähler bis 25 Jahre: Öffentliche Versammlung
am Dienstag, den 14. Januar 1919, abends 7 1/2 Uhr, in der Kellerei-Gymnasium, Pankstraße 18-19.
Tagesordnung: Jugend und Nationalversammlung.

Mittwoch, 15. Januar, abends 7 Uhr
Unions-Bräuererei, Wintergarten, Salsenstraße 22.
Tagesordnung: Die Wahlen zur Nationalversammlung. — Ref.: Gen. Hugo Haase.
Parteilosen! Gerecht für Waffengeld.
Der Propaganda-Kaufhuf.

Verband der Kausarztvereine
Vorsitzender: G. Jacob, Berlin, Waldenstr. 5. Tel.: Mühlstr. 2015.
Arbeiter! Frauen! Reinickendorf-West!
Dienstag, den 14. Januar, abends 7 Uhr im „Wal-schlösschen“, Werderstr. 28, Ecke Eichenstraße

große öffentliche Volksversammlung! Revolution und Volksgesundheit!
Referent: Genossin Dr. Julius Moses.
Arbeiter und Frauen erscheint in Masse!
Die Einberufer: G. Jacob, H. Fischer.

Achtung!
Alle Genossen d. kommunistischen Partei Deutschl. kommen zur Versammlung am Dienstag, 14., nachmitt. 2 Uhr, nach d. Hundsbühlstr. 2.
Thema: Die politische Lage.
Verband der Schneider u. Wäscherbetriebe.
Friedrich-Werder-Str. 37-38.
Am Mittwoch, den 13. Jan., abends 7 Uhr Lokal Wille, Sebastianstr. 39 (an der alten Jakobstr.), großer Saal.
Versammlung aller in der Wäsche-, Negligee-, Krawatten- u. Korsettbranche beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Tagesordnung: 1. Die Frauen u. Nationalversammlung, Ref.: Käthe W. Schumacher. 2. Wahl eines besoldeten Schriftführers. 3. Verschiedenes. Die Frauen-Kommission. Eintritt s. ges. Mitgliedsb. u. Karte.

Achtung!
Mittwoch, den 13. Januar, vormittags 9 Uhr Betriebs-Versammlung der Arbeiterschaft der Firma
Riebe, Weißensee
im Betrieb (Neue Straße), zur Kontrolle jeder seine Stempelkarte vor.
Die Subkommission.

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten, die das hier Nachrichten, das mein lieber langjähriger Mann, so als Sohn, Schwager, Freund, Bruder, Vater, Mutter, Sohn und Bruder, Sohn, Schwager, Schwager, der Werkzeugmacher

Reinhold Jupp
im 28. Lebensjahr am 1. Januar in den Straßenplan an Wilhelmstraße 12.
Im tiefsten Schmerz
Frau A. Jupp geb. Schöndgen
Helm

Reinhold Jupp als Elternteil
Maria Jupp
Marie Jupp geb. Jupp
Otto Jupp
2. 21. Interniert
Ludwig Schumann, geb. Jupp
Paul Schumann
Franz Jupp
Ulrich Jupp als Schwager
Albert Becker als Schwager
Emilie Becker als Schwager
Gustav Becker als Schwager
Friedrich Jupp als Tante
Berlin, d. 11. Januar 1919
Marktgraben 16.
Die Beerdigung erfolgt s. Freigabe im Friedrichshagen.

Am 6. Jan verschied unser langjähriger Parteigenosse
Natja Diering
Heimstatt, 21.
Ehre ihrem Ansehen!
Die Beerdigung am 12. Jan. 1919, 10 Uhr in Stahnsdorf statt.
Die Gruppenleitung.